

**A1** Für den Einbezug von Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Fachhochschulen: Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz überarbeiten!

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand

Beschlussdatum: 14.06.2019

Tagesordnungspunkt: 4.5.1 Inhaltliche Anträge

## Antragstext

1 Für den Einbezug von Hochschulen für angewandte Wissenschaft und  
2 Fachhochschulen: Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz überarbeiten

3 Hintergrund:

4 Seit 1999 ist es in Deutschland nach dem Studium der Psychologie (universitäres  
5 Diplom) möglich, eine Ausbildung zum/zur Psychologischen Psychotherapeut\*in zu  
6 absolvieren. Für den Beruf des/der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*in  
7 ist dies nach einem Studium der Pädagogik oder Sonderpädagogik möglich. Die  
8 Ausbildung schließt an den Hochschulabschluss an und ist zeit- (3 Jahre  
9 Vollzeitausbildung, 5 Jahre Teilzeitausbildung in Regelstudienzeit) und  
10 kostenintensiv(unterscheidet sich nach Verfahren und Ausbildungsdauer, liegt  
11 jedoch im fünfstelligen Bereich). Hinzu kommt die meist prekäre finanzielle Lage  
12 der Psycholog\*innen in Ausbildung (PiAs) während der 1800 Stunden ihrer  
13 Praktischen Tätigkeit, die in der Regel zu Beginn der Ausbildung absolviert  
14 wird. Diese findet häufig im Praktikant\*innenverhältnis statt. Das bedeutet,  
15 dass die PiAs im Durchschnitt während dieser Ausbildungsphase nur 639,00€  
16 monatlich verdienen; zudem ist jede\*r dritte PiAwährend der Praktischen  
17 Tätigkeit über seine/ihre Einrichtung nicht sozialversichert ist (Klein-  
18 Schmeink, 2017). Diese Bedingungen führen zu finanziellen  
19 Abhängigkeitsverhältnissen und hoher Belastung, obwohl PiAs häufig sehr  
20 verantwortungsvolle Aufgaben in den Einrichtungen übernehmen. Ein sozialer  
21 Selektionsmechanismus ist zudem erkennbar, da PiAsdie Ausbildung fast  
22 ausschließlich über die Unterstützung Dritter finanzieren können (Klein-  
23 Schmeink, 2017). Diese Missstände sind der Politik seit Jahren bekannt und die  
24 Bundesregierung hatte eine Neuregelung schon bereits im Jahr 2013 angekündigt.

25 Nach Jahren des Wartens wurde Anfang 2019 ein Referent\*innenentwurf des  
26 Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz durch Bundesgesundheitsminister Jens  
27 Spahn vorgestellt, es wurde bereits im Bundestag und Bundesrat eingebracht und  
28 der Gesundheitsausschuss der Bundestags hielt am 15.5.2019 dazu eine Sitzung mit  
29 Sachverständigen ab [Stand 19.5.2019].

30 Dieses Gesetz sieht einen neuen Studiengang der Psychotherapie vor (konsekutiver  
31 Bachelor- und Masterstudiengang) und bringt die Verbesserung der prekären Lage  
32 der Ausbildungsteilnehmer\*innen mit sich. Sie schließen das Studium der  
33 Psychotherapie bereits mit Approbation ab und ihre Leistungen im Rahmen der  
34 Weiterbildung können somit von den Krankenkassen vergütet werden (vergleichbar  
35 mit dem Studium der Medizin, das auch mit Erteilung der Approbation endet). Dies  
36 ermöglicht eine sozialversicherte Anstellung zu einem angemessenen Gehalt  
37 während der Weiterbildungsphase.

38 Kritik am neuen Psychotherapeutengesetz:

39 Der Reformprozess mit all seinen Vorteilen, die wir begrüßen, hat jedoch einen  
40 großen Haken: Er unterschlägt die Ergebnisse der Studienreform seit 1990  
41 (Bologna-Prozess), da im neuen Gesetz unter §9 Absatz 1 lediglich Universitäten  
42 und den Universitäten gleichgestellte Hochschulen für das Angebot des neuen  
43 Studiengangs vorgesehen werden. Dies ist ein Rückfall zum Zweiklassendenken in  
44 der Hochschullandschaft zu Diplomzeiten und im Jahre 2019 nicht zeitgemäß!

45 Konsekutive Bachelor-/Master- Studiengänge haben den gleichen Workload (in  
46 ECTS), sind ebenfalls nach den gleichen Kriterien akkreditiert wie universitäre  
47 Studiengänge und schließen mit dem gleichen Qualifikationsniveau (Bachelor  
48 EQR=6; Master EQR=7) ab wie universitäre Studiengänge. Die  
49 Landeshochschulgesetzte sehen zudem keine Unterscheidung der Abschlüsse nach  
50 Hochschulart mehr vor. Insbesondere durch die zuvor erwähnte Akkreditierung kann  
51 die äquivalente Qualität der Studiengänge festgestellt werden.

52 Das Angebot des neuen Studiengangs auch an Fachhochschulen und Hochschulen für  
53 angewandte Wissenschaft würde zudem im Sinne einer flächendeckenden  
54 psychotherapeutischen Versorgung sowie der Abbildung aller zugelassenen  
55 psychotherapeutischen Verfahren (psychoanalytische Psychotherapie,  
56 tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie, Verhaltenstherapie und zukünftig  
57 auch systemische Psychotherapie) sein.

58 Deshalb ist es unverständlich, warum Hochschulen für angewandte Wissenschaften  
59 und Fachhochschulen beim Angebot des neuen Studiengangs ausgeschlossen werden  
60 sollten. Dieser Auffassung sind ebenfalls der Gesundheitsausschuss und  
61 Kulturausschuss des Bundesrats (Bundesrats-Drucksache 98/1/19; Punkt 10), die  
62 Landesregierung Sachsen-Anhalt (Landtag von Sachsen-Anhalt Drucksache 6/4291)  
63 und die Grüne Bundestagsfraktion (Bundestag Drucksache 19/9272).

64 Wir fordern die Änderung von §9 Absatz 1 im  
65 Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz:

- 66 • Streichung von: „Das Studium nach § 7 Absatz 1 Satz 1 findet ausschließlich an  
67 Universitäten oder diesen gleichgestellten Hochschulen (Hochschulen) statt.“
- 68 • Ersetzung der Streichung durch: Das Studium nach § 7 Absatz 1 Satz1 findet  
69 ausschließlich an Hochschulen statt.

70 Quellen:

71 1. Klein-Schmeink, 2017: [https://www.klein-schmeink.de/data/user/PDF-](https://www.klein-schmeink.de/data/user/PDF-Dokumente/2017/Ergebnisbericht_PiA-Umfrage.pdf)  
72 [Dokumente/2017/Ergebnisbericht\\_PiA-Umfrage.pdf](https://www.klein-schmeink.de/data/user/PDF-Dokumente/2017/Ergebnisbericht_PiA-Umfrage.pdf)

## Unterstützer\*innen

Robin Ebbrecht (GHG Stendal)